



Martin Patzelt MdB



Liebe Leserinnen und Leser,

es wird keine Jamaika-Koalition geben. Das ist bedauerlich. Ich dachte, der Wille der FDP zum Regieren wäre stärker ausgeprägt. Aber es bringt jetzt nichts, nach Schuldigen zu suchen. Die FDP hat gesagt, wir wollen nicht mehr, damit hat sie die Gespräche abgebrochen. Das muss man akzeptieren. Dieses Nein der Liberalen bedeutet jedoch mehr als nur den Verlust einer Koalitionshoffnung. Hier standen und stehen schwer vereinbare Positionen gegenüber. Hier sind das Streben nach und das

Bewahren von persönlichen Besitzständen und die Verantwortung für eine gerechtere und damit friedlichere Menschengemeinschaft, die auch morgen noch existieren kann, aufeinander getroffen.

Über eine Groko würde ich mich nicht besonders freuen, weil sie erstens eine Nachauflage der vier erlebten Jahre mit nicht immer konstruktiver und verlässlicher Zusammenarbeit mit der SPD war (z.B. Ehe für alle) und weil ich es zweitens bedauern würde, wenn die SPD nicht ihre Eigenständigkeit als starke Opposition verbessern könnte. Auch würde die AfD als Opposition durch eine starke

SPD-Opposition an Bedeutung verlieren. Meine Präferenz wäre eine Minderheitsregierung mit den Grünen, die zunächst in unsere Politik notwendige nachhaltige Elemente einbringen, aber auch als neues spannendes Modell die parlamentarische Auseinandersetzung konstruktiv beleben könnte. Ein Durchwinken von Beschlussvorlagen wäre nicht mehr möglich.

Ihr

Martin Patzelt

Deutschland profitiert von Europa

Teilwahrheiten, falsche Behauptungen, Beschimpfungen des Parlaments, lautstark und beißend vorgetragen mit dem Ziel, einfach denkende Menschen einzufangen und gegen den Deutschen Bundestag einzunehmen - das war am Dienstag der Auftakt der AfD. Vorgetragen wurde das alles von der Fraktionsvorsitzenden Alice Weidel, die stehende Ovationen für ihre Wutrede gegen die überwältigende Mehrheit unseres Volkes, für ihre Schmähere-

de gegen Europa bekam. Mit verdrehten Fakten versuchte Weidel deutschen Steuerzahlern das Gefühl zu vermitteln, dass sie durch europäische Finanzhilfen betrogen werden. Dabei ist das Gegenteil der Fall. Europa und der Euro wurden durch diese Solidarität gerade erst stabilisiert. Und Deutschland, die deutsche Wirtschaft, hat davon profitiert. Wir sind eine Exportnation, die davon lebt, ihre hochqualitativen Produkte ins Ausland zu verkaufen. Es sei auch darauf

verwiesen, dass überhaupt noch keine deutschen Steuergelder geflossen sind. Es handelt sich um Bürgschaften. Damit haben wir den Krisenstaaten geholfen wieder auf die Beine zu kommen. Was wäre denn passiert, wenn wir das nicht getan hätten? Leuchtendes Beispiel für partnerschaftliche Hilfe ist Irland, das den europäischen Rettungsschirm EFSF in Anspruch genommen hat, und nun seine Schulden vorzeitig zurückzahlte.

Martin Patzelt, MdB

Büro Berlin

Katja Frenkel
Dr. Maria Blömer
Helmut Uwer

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel. 030/227 71440

Fax 030/227 76439

martin.patzelt@bundestag.de

Wahlkreisbüro Frankfurt (Oder)

Anna Fabisch
Sophienstr. 41/42
15230 Frankfurt (Oder)

Tel. 0335/401 24 860

martin.patzelt.ma04@bundestag.de
geöffnet: Die + Do 11-18 Uhr,
Mi 9-16 Uhr

Wahlkreisbüro Eisenhüttenstadt

Dr. Markus Zaplata
Beeskowerstr. 114
15890 Eisenhüttenstadt
Tel. 0335/401 24 860

Um diesen Newsletter zu
abonnieren, senden Sie uns
bitte eine E-Mail an:
martin.patzelt@bundestag.de

Die Arbeit im Bundestag hat begonnen

Auch wenn wir noch keine gewählte Bundeskanzlerin haben und die Regierung deshalb geschäftsführend im Amt ist, hat der Deutsche Bundestag bereits seine Arbeit aufgenommen. Wir mussten eine Reihe von Beschlüssen fassen, die keinen Aufschub duldeten.

Es handelte sich dabei vor allem um die Verlängerung der zum Jahresende auslaufenden Bundeswehreinräte Sea Guardian im Mittelmeer, zur Bekämpfung der islamistischen Terrororganisation IS, zur Ausbildung der afghanischen Streitkräfte, zur Ausbildung irakischer Streitkräfte sowie Missionen in Darfur, im Südsudan und in Mali. Sie wurden in den neu geschaffenen Hauptausschuss überwiesen.

Alle Einsätze sollen lediglich für drei Monate verlängert werden, um der künftigen Regierungskoalition die Möglichkeit zu lassen, diese Einsätze erneut und gegebenenfalls anders zu bewerten und entsprechend zu entscheiden. Ein Beschluss zum jetzigen Zeitpunkt ist jedoch erforderlich,

damit unsere Soldaten Rechtssicherheit haben. Die ablehnende Haltung der AfD zu den meisten Einsätzen und ihre dafür abgegebenen Begründungen machten einmal mehr deutlich, dass diese von der Vision geleitet werden, Deutschland solle sich ganz auf seine inneren Angelegenheiten zurückziehen.

Jegliches weltpolitisches oder europäisches Agieren hätte keinen Nutzen, sondern eher Schaden gebracht. Dies wurde insbesondere auch bei der Diskussion über die Finanzhilfen im Rahmen der innereuropäischen Stabilisierungsprogramme vehement behauptet.

Hier stehen sich diametral unterschiedliche Weltbilder gegenüber. Deutschland kann und darf sich in unserem eigenen Interesse nicht

auf sich selbst zurückziehen, sondern muss nach bester bisheriger Tradition im konstruktiven Austausch und im Bemühen um die europäische Idee und für ein gemeinsames Europa zusammenwirken und so unsere Zukunft sichern. Freilich, das kostet auch mitunter unser Steuergeld. Aber das sind Investitionen in eine friedliche und gerechte Zukunft, von denen wir seit der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und heutigen EU nur Nutzen gezogen haben.

Diesen Weg müssen wir verantwortlich weitergehen, wollen wir nicht in Isolation und Bedeutungslosigkeit für die internationale Entwicklung abfallen, was für die Exportnation Deutschland zu einem wirtschaftlichen Desaster führen würde.

Drei Ausschüsse eingesetzt

Eingesetzt haben wir einen Hauptausschuss mit insgesamt 47 Mitgliedern. Die CDU/CSU-Fraktion stellt dabei 17 Mitglieder. Geleitet wird der Ausschuss von Bundestagspräsident Wolf-

gang Schäuble. Außerdem haben wir einen Wahlprüfungsausschuss sowie einen Petitionsausschuss eingerichtet. Beide haben je neun Mitglieder.